

Gerechteres Steuersystem gefordert

Bündnis will Vermögenssteuer wieder einführen. Treffen in Lüdenscheid

Von Monika Salzmann

Lüdenscheid. „Unser Steuersystem braucht mehr Gerechtigkeit!“ Für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer machte sich am Dienstag Jochen Marquardt, neu gewählter DGB Geschäftsführer der Region Ruhr Mark, im Restaurant „Am Nattenberg“ stark.

„Umfairteilen“

Auf Einladung von ver.di und DGB referierte der Hagener über die Schuldenkrise in Europa und ein alternatives Wirtschafts- und Finanzkonzept. Anliegen der Gewerkschaftler war es mit der Versammlung, die bundesweite Initiative „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“, an der sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen beteiligen, nach Lüdenscheid zu holen und ein Bündnis durch Durchsetzung geforderter Maßnahmen aufzubauen.

Erste Unterschriften für einen Antrag an den Rat der Stadt Lüdenscheid, sich für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen, sammelten die Gewerkschaftler bei dieser Gelegenheit. Federführend zeichneten Ulrich



Bündnis „Umfairteilen- Reichtum besteuern“ gegründet.

FOTO: JAKOB SALZMANN

Padberg (ver.di Südwestfalen), Josef Filipppek (ver.di Märkischer Kreis) und Bernd Benscheidt (DGB Region Ruhr Mark) für die Auftaktveranstaltung verantwortlich.

Als falschen Weg, angehäuften Schuldenberge lediglich durch eisernes Sparen abzubauen, bezeichnete Marquardt die Sparpolitik der öffentlichen Hand. „Kürzungen verschlechtern das Leben“, führte er aus. Krisenmanagement allein durch drastisches Sparen

zeige keinen Erfolg. „Die Kürzungspakete sind gescheitert.“ Vielmehr gehe es darum, die Denkrichtung zu ändern und die Einnahmen über die Steuerpolitik zu vermehren. „Man muss auf der Einnahmeseite etwas ändern.“ Mit zahlreichen Statistiken, Daten und Fakten untermauerte er seinen Vortrag. U. a. durch den Wegfall der Gewerbesteuer, der Senkung des Spitzensteuersatzes und den Wegfall der Vermögenssteuer hätten in der Vergangenheit Unter-

Schere zwischen Arm und Reich klafft auseinander

Die Initiative „Umfairteilen“ fordert eine Vermögenssteuer und eine **einmalige Vermögensabgabe**, um reiche Haushalte in Deutschland deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.

Hintergrund ist, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander klafft und der öffentlichen Hand Geld für wichtige Investitionen fehlt.

nehmen, hohe Einkommen und Vermögende profitiert.

Schwindelerregende Zahlen nannte Marquardt in seinem Vortrag. Danach beträgt das Nettoprivatvermögen in Deutschland 7 548 281 831 431 Euro. Das reichste Zehntel davon besitzt 63 Prozent. Die Zahl der Euro-Millionäre habe 2010 mit 829 900 einen neuen Rekord erreicht.

Über 100 Milliarden Euro seien dabei auf die zehn reichsten Deutschen entfallen.